Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 97. **Freitag** den 22. Februar 1895. 89. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Lieferung von Materialien zu Dachinstandsetzungen.

Die Lieferung der Materialien zu den Dachinstandsetzungen, welche bei den Fernsprechbauarbeiten im Gebiete der Stadt-Fernsprecheinrichtung zu Leipzig nothwendig werden, ist vom 1. April 1895 ab anderweit zu vergeben.

Die näheren Bedingungen können bei der Kaiserlichen Ober-Postdirection zu Leipzig, Zimmer 253, während der Geschäftsstunden eingesehen und von der Kanzlei der Ober-Postdirection zum Preise von 50 ₰ bezogen werden.

Angebote sind an die Kaiserliche Ober-Postdirection in Leipzig unter der Aufschrift „Materialien zu Dachinstandsetzungen", mit Angabe des Anbietenden auf dem Umschlage verschlossen und portofrei bis zum 1. März einzusenden. Am 1. März, Vormittags 10 Uhr, wird die Eröffnung der Angebote in Gegenwart der etwa erschienenen Anbieter erfolgen.

Leipzig, 16. Februar 1895.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector,
Geheime Ober-Postrath.
Walter.

Geschäftslocale.

Das unterzeichnete Rentamt beabsichtigt das Parterre des Universitäts-Gebäudes Nr. 15 der Universitätsstraße (Ecke der Universitäts- und Schillerstraße) zu **Verkaufsläden** umzubauen. Dieselben werden für **1. October d. J.** bezugsfähig, sie enthalten zusammen 160 qm Bodenfläche und können zusammen oder getheilt zur Vermiethung.

Bewerber werden ersucht, baldthunlichst mit dem unterzeichneten Rentamte in Verkehr treten zu wollen.

Leipzig, am 14. Februar 1895.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Die städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter günstigen Bedingungen.

Leipzig, den 1. Februar 1895.

Die Sparcassen-Deputation.

Abänderung eines Börsengebrauchs im Handel mit Dividendenpapieren.

Gegen die in unserer Bekanntmachung vom 14. Januar d. J. erwähnte Abänderung der Handelsgebräuche im Geschäft mit Werthpapieren, die **Zinsberechnung der Dividendenpapiere** betr., sind Einwendungen während der vorgeschriebenen Frist nicht erhoben worden. Dieselbe wird daher hierdurch mit der Wirkung in Kraft gesetzt, daß gegen Denjenigen, welcher ihr bei Abwickelung eines Börsengeschäfts die Anerkennung verweigert, Ausschluß von der Börse verfügt werden kann.

Leipzig, den 20. Februar 1895.

Die Handelskammer.
A. Thieme,
Vorsitzender. Dr. Pohle, S.

Thomasschule.

Die Vorprüfung der für Sexta angemeldeten Schüler findet Sonnabend, den 2. März, Vormittags 9 Uhr statt.

Leipzig, am 20. Februar 1895. Dr. **Jungmann.**

I. Realschule,
Nordstraße 37.

Mittwoch, den 27. Februar, früh 8 Uhr **Aufnahmeprüfung.** Papier und Feder sind mitzubringen.

Dr. **F. Pfalz,** Director.

Finanzfragen.

Ω Der **Reichstag,** der heute in die Berathung der Tabaksteuervorlage eintritt, hat in der gestern verlesenen württembergischen Thronrede abermals eine Mahnung erhalten, diese Angelegenheit sachlich zu behandeln. Nachdem König Albert von Sachsen den Reichstagsabgeordneten aus seinem Staate auf die von der Unordnung im Reichsfinanzwesen unseren Landesfinanzen drohenden Gefahren hingewiesen, nachdem bei Eröffnung des elsaß-lothringischen Landesausschusses das Wachsthum der Matricularbeiträge aus demselben Gesichtspuncte bedauert wurde, und der weimarische Landtag mit der Erhöhung der directen Landessteuern schon befaßt ist, kündigt auch die württembergische Thronrede eine von den Leistungen an das Reich mit verursachte, auf Vermehrung der Einnahmen abzielende Steuerreform an. An und für sich ist die in dem süddeutschen Königreiche in Aussicht genommene Einführung einer progressiven Einkommensteuer als ein Fortschritt zu betrachten. Aber die gegenwärtigen wirthschaftlichen Verhältnisse hätten es Regierung und Volk in Württemberg wünschenswerth erscheinen lassen, die Reform bis zum Eintritt besserer Zeiten zu vertagen, und die neue demokratische Mehrheit in der dortigen Zweiten Kammer mit mehr sauerer als süßer Miene auf die Erfüllung ihrer Forderung blicken. Auch in Bayern sieht man mit stets wachsender Besorgniß auf die drohende weitere Inanspruchnahme durch das Reich, und es kommt der Wahrheit ziemlich nahe, wenn man das von dem als Deficitheuler und Plusmacher verschrienen Miquel finanziell regierte Preußen als denjenigen Bundesstaat bezeichnet, der die Reichssteuerreform noch am wenigsten nöthig hat.

Angesichts dieser Umstände ist es tief bedauerlich, daß, ganz wie es im Vorjahre mit dem Effect eines Fiaskos geschehen, die Tabaksteuervorlage vor dem grundlegenden Finanzreformgesetze auf die Tagesordnung des Reichstags gesetzt worden ist. Die Gelegenheit, den letzteren Entwurf in „Grund und Boden zu reden", ehe er noch zur Erörterung steht, ist damit abermals gegeben. Bei einem Reichstage, dessen Mehrheit neue große Ausgaben für die Heeresreform bewilligt hat und dann sich anstellt, als habe sie nicht die geringste Verpflichtung zur Bewilligung von Deckungsmitteln, läßt sich freilich daraus, daß er eine Finanzreform beschließt, noch lange nicht mit Sicherheit folgern, daß er dann auch die nöthigen Mittel flüssig machen werde. Aber man sähe, wenn das Finanzreformgesetz vor der Tabaksteuervorlage zur Berathung käme, darin doch wenigstens einen Verzicht auf das vorjährige Manöver, durch Erwürgung eines unpopulären Wegweisers das Reich zum Stillstande in seiner Finanzmisere überhaupt zu zwingen. Die jedenfalls auf Wunsch einer Reichstagsmehrheit getroffene geschäftliche Disposition muß leider die Befürchtung erwecken, daß auch diesmal die Berathung des Finanzreformgesetzes überflüssig gemacht werden soll durch die Ablehnung jener Vorlage, deren Bewilligung die Voraussetzung einer Finanzreform ist.

Aber noch mehr, Herr v. Hammerstein, der „Conservativste" der Conservativen, hält in Bünde eine Brandrede gegen die Tabaksteuer und begeistert dadurch die dortigen Fabrikanten zu dem Entschlusse, dem Oberpräsidenten der Provinz die Drohung zu intimiren, sie würden im Falle der Einführung der Tabakfabrikatsteuer ihre sämmtlichen Arbeiter, und zwar zum größten Theil dauernd, entlassen; der Präsident solle Vorkehrungen für den unvermeidlich ausbrechenden Nothstand treffen. Hoffentlich läßt der Vertreter des Kaisers und preußischen Königs dieser bürgerlichen Frivolität, die mit dem socialdemokratischen Treiben rivalisirt, die gebührende Erwiderung folgen, die Herren möchten es nur probiren. Die Tabaksteuervorlage ist gegen das Vorjahr sehr erheblich geändert; ob diese Abänderung glücklich ist oder nicht, ist schwer zu entscheiden, da sie von der einen Seite ebenso lebhaft begrüßt, wie von der anderen Seite bekämpft wird. Jedenfalls aber beweist diese Aenderung, daß es verschiedene Wege zum Ziele giebt und daß die verbündeten Regierungen begründeten Abänderungsvorschlägen sich nicht verschließen. Das Reich muß höhere Einnahmen erhalten oder die Steuerzahler in den Einzelstaaten müssen die Fehlbeträge durch viel drückendere Lastenaufbürdungen ersetzen — mit dem principiellen Widerstande gegen eine höhere Besteuerung des Tabaks, die im Vorjahre von einem namhaften Theile der Interessenten als möglich zugestanden worden und in den ärmsten Ländern noch eine weit höhere ist, schneidet sich das Bürgerthum in das eigene Fleisch. Die Socialdemokratie wird aus der Ablehnung, nicht aus der Bewilligung Nahrung ziehen, denn die Vertreter der Ordnung schwächen ihre Stellung, wenn sie die Mittel für die im Interesse des bestehenden Staates bewilligten Ausgaben verweigern. Aus diesem Grunde steht der Reichstag vor einer folgenschweren Entscheidung.

Deutsches Reich.

ld. **Leipzig,** 21. Februar. Wie wir erfahren, liegt es in der Absicht des Rathes, der Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes näher zu treten. Bereits haben nach verschiedenen Richtungen hin Erhebungen über diese Einrichtung stattgefunden, dieselben sind aber noch nicht zum Abschlusse gelangt.

C.H. **Berlin,** 21. Februar. (Privattelegramm.) Nach der Stimmung in Bundesrathskreisen dürfte die vom Reichstage beschlossene **Aufhebung des Jesuitengesetzes keine** Annahme finden.

△ **Berlin,** 21. Februar. Der amerikanische Humorist Mark Twain erzählte einmal sehr ergötzlich, was ihm Alles widerfahren, nachgesagt und unterstellt worden ist, als er für das Repräsentantenhaus candidirte. Der Schalk fabulirt, denn er hat niemals das Wagniß einer Mandatsbewerbung unternommen und heute darf er froh sein, daß seine gut erfundenen Wahlgeschichten vor den letzten württembergischen Landtagswahlen veröffentlicht wurden; wenn er jetzt damit käme, würde man den Dichter für einen Reporter halten. Was der bei diesen Wahlen in Göppingen als deutschparteilicher Candidat aufgestellte Professor Hieber „Lieds und Guts" von der Volksparteierfahren hat, geht sogar noch über Mark Twain. Er berichtet darüber unter Anderem: „Im Lexikon der ehrenrührigen Ausdrücke dürfte sich kaum einer finden, der nicht auf meine Wenigkeit angewendet worden wäre, als da sind: unanständig, unehrenhaft, frech, taktlos, hochmüthig, kriecherisch, Jesuit, protestantischer Dominikaner, Ketzerfresser, Bauernfänger, wahrheitsliebend (natürlich ironisch), frivol. Man hatte ein Manöver geplant, mich als Wucherer, man denke als Wucherer, auszuschreien, und als ich die kaum eingefädelte infame Verleumdung ans Tageslicht ziehen ließ, da schallte es mir entgegen: das war aber nicht schön von dem Professor, seinen Landsmann (ein demokratischer Metzger in Waldhausen hatte sich zu jenem Stücklein hergegeben) so bloßzustellen. Man veröffentlichte Briefe des letzteren, worin ich als ein Mensch geschildert war, der sein Lebtag nichts gearbeitet habe, dessen einzige Leistung vielmehr darin bestehe, ein großes — die Summe war, natürlich falsch, angegeben — Vermögen von seinem Eltern ererbt zu haben. Und wenn ich mich gegen diese Titulaturen wehrte, so hieß es: „Der Professor der hebräischen Sprache hat sich mächtig Selbstlob gesendet." Sprach ich etwa davon, daß den Ministern v. Riecke und v. Pischek — deren Departements ja fast allein im Wahlkampf in Betracht kommen — auch von demokratischen Männern schon Vertrauen entgegengebracht worden sei, so war ich kriechend nach oben, jagte nach Orden oder nach einer höheren Stelle, wollte Professor der hebräischen Sprache in Tübingen werden (wozu bekanntlich ein Wahlkampf der geeignetste Weg ist), sagte ich ein andermal, es sei unter Umständen schwerer, nach unten furchtlos zu sein als nach oben, so war ich frech, vom Hochmuthsteufel besessen. Daß unser einer in die Schule (Dr. Hieber ist Gymnasiallehrer) und nicht in den Landtag gehört, das versteht sich für die Demokratie von selbst. Macht man davon auch die Anwendung auf Herrn Hartranft in Sindelfingen oder Herrn Honold in Langenau, dann „ist das ganz was anderes"; denn das sind ja Demokraten, folglich in ihrer Schule entbehrlich. Für unser einen ist es taktlos, eine politische Ueberzeugung zu vertreten, weil er ja auch Kinder von Demokraten zu Schülern habe; die demokratischen Herren Collegen haben natürlich nur Kinder von Demokraten zu Schülern!" Und nach diesen Leistungen hat sich die württembergische Demokratie, über deren Agitation in anderen Wahlkreisen Aehnliches berichtet wird, gerühmt: „Wir von der Volkspartei haben den Wahlkampf stets sachlich und ruhig geführt."

‡‡ **Berlin,** 21. Februar. In der Reichstagssitzung vom Dienstag haben socialdemokratische Abgeordnete behauptet, die socialdemokratische Presse hätte sich Mühe gegeben, die Arbeiter mit den Bestimmungen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes bekannt zu machen. Das Gegentheil davon ist wahr. Die gesammte socialdemokratische Presse hatte es sich, nachdem das Gesetz vom 22. Juni 1889 erlassen war, angelegen sein lassen, bei allen Besprechungen, die sie demselben angedeihen ließ, nur von dem „Alters"versicherungsgesetz zu reden. Diese Tactik wurde mit einer solchen Ausdauer und Consequenz noch bis in die neueste Zeit fortgesetzt, daß ein sehr großer Theil der Arbeiter überhaupt nicht von den Vorschriften des Gesetzes über die Invalidenrenten unterrichtet war, sondern annahm und vielleicht auch noch annimmt, es handle sich bei dem Gesetze lediglich um Altersrenten. Es geht dies ganz untrüglich aus Aeußerungen der Arbeiter in den Versammlungen hervor, in denen über das Gesetz mit der Begründung immer von Neuem abfällig geurtheilt wurde, daß die Wohlthaten, die es gewähre, für die Arbeiter doch von keinem großen Nutzen wären, weil nur wenige das 70. Lebensjahr erreichten. In dieser Tactik wurde die socialdemokratische Presse dadurch unterstützt, daß nach dem Gesetze im ersten Jahre keine Invalidenrenten gezahlt wurden und daß auch später zunächst die Zahl der letzteren geringer war als die der Altersrenten. Erst in allerletzter Zeit hat die socialdemokratische Presse von dieser Tactik gelassen und auch da nur nothgedrungen, weil sie die nunmehr vorliegenden Zahlen über die bewilligten Invalidenrenten nicht wegleugnen kann. Es heißt deshalb, die Thatsachen völlig auf den Kopf stellen, wenn der socialdemokratischen Presse ein Lob dafür ausgesprochen wird, daß sie die Arbeiter über das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz aufgeklärt habe. Sie hat im Gegentheil alles Mögliche gethan, um die Arbeiter über die hauptsächlichsten Vorschriften des Gesetzes in Unkenntniß zu erhalten.

* **Berlin,** 21. Februar. Der Antrag des Centrumsabgeordneten Dr. Lingens in der Budgetcommission des Reichstags, die Vereidigung der Truppen nach Confessionen vorzunehmen, läßt von Neuem das zielbewußte Streben des Centrums erkennen, die beiden großen Confessionen, die sich christliche nennen, immer weiter von einander zu trennen und damit eine immer größere Entfremdung zwischen beiden hervorzurufen. Im Elsaß geht man seitens der Klerikalen dieselben Wege. Man will eine vollständige Scheidung zwischen den beiden Confessionen, damit sich die einzelnen Glieder derselben nicht kennen und achten lernen. Nur aus diesem Gesichtspunct heraus ist der vor Kurzem von der bischöflichen Behörde in Straßburg gestellte Antrag zu verstehen, es möge Vorsorge getroffen werden, daß in den Gemeinden des Landes, in welchen Schulen beider Confessionen bestehen — und das wird wohl in der weitaus größten Mehrzahl der Gemeinden der Fall sein — der Geburtstag des Kaisers nicht mehr gemeinschaftlich gefeiert werden dürfe. Daß vom Bischof der Antrag gestellt wird, erklärt sich aus den klerikalen Bestrebungen zur Genüge. Daß sich aber, wie es nach den „Berl. N. N." der Fall ist, eine deutsche Schulbehörde findet, welche diesem Antrage entsprechende Anordnungen in das Land hinausgehen läßt, ist geradezu ungeheuerlich. Ja, wenn das Entgegenkommen und die Nachgiebigkeit gegen die Wünsche der Klerikalen nur irgend ein greifbares Resultat zeitigten! Wer hindert aber das Land, deutsch zu werden? Die Klerikalen! Wer bemängelt alles, was für das Land deutscherseits geschieht? Die Klerikalen. Trotzdem die Nachgiebigkeit der Behörde! Die Folgen einer derartigen Schwäche werden sich bald von Neuem geltend machen.

Y. **Berlin,** 21. Februar. (Telegramm.) Der **Kaiser** unternahm gestern Nachmittag um 3 Uhr eine Spazierfahrt nach dem Grunewald und stattete auf der Rückfahrt dem Grafen Görtz im Hotel Continental einen Besuch ab. An der Abendtafel nahmen Prinz und Prinzessin Heinrich Theil, welche nach derselben nach Bonn — nicht nach Kiel, wie gestern irrthümlich gemeldet worden — zum Besuche der Frau Prinzessin Victoria von Preußen abreisten. Zu dem Herrenabend beim Kaiser waren geladen: die Admirale Hollmann, Koester und Freiherr von Senden-Bibran, die Capitaine zur See Tirpitz, von Arnim, Sack, von Prittwitz und Gaffron, von Ahlefeld, Graf Baudissin, Jaeschke und der Corvetten-Capitain von Usedom; ferner Professor Dr. Güßfeldt und die Marine-Maler Professor Salzmann und San Martino. Heute Vormittag hörte der Kaiser von 10 Uhr ab die Vorträge des Ministers des königlichen Hauses und des Kriegsministers; hierauf arbeitete er mit dem Chef des Militair-Cabinets und empfing sodann den Bürgermeister Hamburgs, Dr. Berckmann. Zur Frühstückstafel waren keine Einladungen ergangen. Abends 8 Uhr findet ein Diner statt, zu welchem Großfürst Michael von Rußland nebst Gefolge, der russische Botschaftsrath von Tschaikow, Prinz und Prinzessin von Sachsen-Altenburg und Fürst Anton Radziwill geladen sind.

B. **Berlin,** 21. Februar. (Privattelegramm.) Zum **Bismarckcommers der Berliner Studirenden** sind Einladungen an den Reichskanzler, die Minister und Staatssecretaire, die Generalität, die Parlamente, den gesammten Lehrkörper der Universität und der Hochschulen, sowie an die Truppentheile ergangen.

§§ **Berlin,** 21. Februar. (Privattelegramm.) Die gestern im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Fürsten zu Hohenlohe abgehaltene **Sitzung des Staatsministeriums** dauerte fast fünf Stunden. Sie begann um 2 und endete erst gegen 7 Uhr. Der Finanzminister Dr. Miquel, welcher durch die Theilnahme an der Berathung über das Stempelsteuergesetz im Abgeordnetenhause zurückgehalten war, wurde durch den Unterstaatssecretair Meinecke vertreten. Die übrigen Minister nahmen sämmtlich an der Sitzung Theil, außerdem der Staatssecretair Graf Posadowsky.

△ **Berlin,** 21. Februar. (Privattelegramm.) Im Abgeordnetenhause constituirte sich aus Mitgliedern aller Parteien eine **Vereinigung für körperliche Erziehung der Jugend.** Die zur Berathung stehenden Grundzüge für die Thätigkeit der Vereinigung wurden einstimmig angenommen.

⊙ **Berlin,** 21. Februar. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung über den Beitritt Serbiens und des Fürstenthums Liechtenstein (!) zu dem am 15. April 1893 in Dresden abgeschlossenen internationalen Uebereinkommen, betr. Maßregeln gegen die **Cholera.**

⊙ **Berlin,** 21. Februar. (Telegramm.) Die „Post" meldet: Bei den **preußischen Justizbehörden** wird mit dem 1. April d. J. eine **neue Kanzlei-Ordnung** an Stelle des jetzigen Kanzlei-Reglements in Kraft treten. Die Veröffentlichung durch den Justizminister soll in diesen Tagen erfolgen.

— Wie die „M. N. N." hören, herrscht an maßgebenden Stellen große Mißstimmung über den Verlauf der Versammlung des Bundes der Landwirthe, der sich die Mahnungen des Kaisers nicht zu Herzen genommen habe.

* **Hamburg,** 20. Februar. Die Bürgerschaft nahm in zweiter Lesung vier Gesetze an: zur Verwaltungsreform, über die Aenderung einiger Verfassungsbestimmungen, über Staatsangehörigkeit und Bürgerrecht und das Bürgerschaftswahlgesetz. Diese vier Gesetze sollen dem Senate als untrennbares Ganze überreicht werden.

△ **Braunschweig,** 20. Februar. Mehrere Handelskammern hatten seiner Zeit eine Beschwerde an den preußischen Handelsminister gerichtet, weil das Bekleidungsamt des XV. Armeecorps seinen Bedarf an Nähmaschinen aus dem Auslande bezöge. Jetzt ist der hiesigen Handelskammer mitgetheilt worden, daß das preußische Kriegsministerium dem Handelsminister einen Bescheid habe zugehen lassen, in dem es heißt, das allerdings ein Vertrag mit der Firma Neidlinger vereinbart worden sei, daß aber dem Bekleidungsamte, bezw. der Intendantur des XV. Armeecorps, unbekannt gewesen sei, daß die fraglichen Singer-Nähmaschinen im Auslande hergestellt seien. Der Vertrag sei hierauf sofort aufgehoben worden. Uebrigens sei bisher nur eine Maschine in Auftrag gegeben.

* **Magdeburg,** 21. Februar. Die „Magd. Ztg." schreibt: „Das Telegramm über die Landtagseröffnung in Stuttgart scheint einer Erläuterung zu bedürfen. Wenn die zwei Socialdemokraten der neuen Kammer der Vereidigung fern geblieben sind, dann kann sich dies natürlich nur auf die feierliche Ceremonie beziehen; ohne Verfassungseid würden sie gar nicht an den Landtagsverhandlungen Theil nehmen können. Aber die dort übliche Form des Landtagseides scheint den beiden Herren unangenehm gewesen zu sein. Bisher wenigstens war es dort üblich, daß der Abgeordnete bei dem Eide seine Hand in diejenige des Landesherrn legte, wobei als Ort der Feierlichkeit natürlich der Thronsaal der Residenz fungirte. Man entsinnt sich so, daß im Jahre 1882 König Wilhelm I. von Württemberg diese gesammte Ceremonie für einmal abänderte, weil er dem für Tübingen neugewählten Paul Achaz Pfizer als dem Verfasser des preußisch hegemoniefeindlichen „Briefwechsels zweier Deutscher" die Hand nicht reichen wollte. Er hatte an Pfizer privatim das Ersuchen stellen lassen, der Feierlichkeit fern zu bleiben; dieser lehnte aber den Wunsch ab, und darauf entzog sich der König der Ceremonie durch deren Abänderung. In dem jetzt vorliegenden Fall scheint also das formelle Verhältniß das umgekehrte zu sein. Thatsächlich werden im Sitzungssaale der württembergischen Ständekammern die zwei socialdemokratischen Mitglieder den Eid auf die monarchisch constitutionelle Landesverfassung mit Leichtigkeit nachholen können, nachdem bekanntlich vor einigen Wochen im deutschen Reichstage Herr Bebel seine Parteigenossen der Gewissensbedenken in diesem Puncte ex cathedra entboben hat."

* **Aus Westfalen,** 20. Februar. Bei den Erörterungen des Provinziallandtages über die Errichtung einer Landwirthschaftskammer hat sich Freiherr v. Schorlemer-Alst über den Antrag Kanitz ausgesprochen, indem er gegenüber einer Empfehlung dieses Antrages durch Freiherrn v. Wendt ausführte: „Ob etwas Gesundes und Ausführbares aus dem Antrag Kanitz sich ergeben werde, sei abzuwarten. Der Antrag Kanitz, der sehr verschieden verstanden werde, sei ein zugkräftiger Agitationsruf. Was bisher aus demselben ausgeschält sei und empfohlen werde, das Staatsmonopol an Getreide, Mehl, wohl auch Brod, sollten also, nach Ansicht des Freiherrn v. Wendt, die Landwirthschafts-Kammern ausführen helfen. Nun, das zu thun, würden die bestehenden Vereine gern den Landwirthschafts-Kammern überlassen. Das hieße aber dann dem socialdemokratischen Zukunftsstaate die Wege ebnen, und er hoffe, daß im Interesse des Friedens, sowie der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung wie der Monarchie solches niemals geschehen werde." — Der Bericht verzeichnet nach diesen Ausführungen lebhaftes Bravo.

§ **Bonn,** 20. Februar. Ultramontane Denuncianten hatten die Burschenschaft „Alemannia" wegen harmloser Vorgänge bei ihrem Katerumzug in Oberwesel der Religionsbeschimpfung bezichtigt und bei der Coblenzer Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt. Der Staatsanwalt veröffentlicht nunmehr folgende Erklärung:

„Coblenz, den 5. Januar 1895. Auf die Anzeige vom 4. August vorigen Jahres gegen die Mitglieder der Burschenschaft „Alemannia" wegen Beschimpfung kirchlicher Gebräuche theile ich Ew. . . . . mit, daß die angestellten Ermittelungen mir einen Anlaß zu strafrechtlichem Einschreiten nicht boten. Wenngleich ein Theil der vernommenen Zeugen bekundet hat, daß sie in einzelnen Handlungen einiger an dem Umzug betheiligten Personen eine Nachahmung und Verspottung von Gebräuchen der katholischen Kirche erblickt haben, so steht diesen Aussagen eine Reihe von (beiläufig bemerkt katholischen) Zeugen gegenüber, welche in den erwähnten Handlungen lediglich einen studentischen Ulk gesehen haben, den sie als eine Nachahmung, beziehungsweise Verspottung katholischer Gebräuche nicht zu erachten vermögen. Die Ermittelungen haben auch noch andere Momente ergeben, welche dafür sprechen, daß den Beschuldigten bei Ausführung der incriminirten Handlungen jede böse Absicht gemangelt hat. Es fehlt somit ein Beweis dafür, daß die Beschuldigten bewußter Weise Handlungen vorgenommen haben, welche eine Beschimpfung von Einrichtungen oder Gebräuchen der katholischen Kirche enthalten.

Der Erste Staatsanwalt: Schumacher."

* **Stuttgart,** 21. Februar. (Telegramm.) Kammer der Abgeordneten. Nach einem scharfen Wortgefecht zwischen Groeber und Haußmann einerseits und Dachs und Fuehlingen andererseits wurde die Präsidenten-Wahl auf heute Nachmittag 4 Uhr verschoben. In Folge eines Uebereinkommens zwischen der Volkspartei und dem Centrum erhielt Payer (Volkspartei) 52 Stimmen und wurde somit gewählt. Es wird die Bildung einer neuen Fraction angestrebt, welche alle Mitglieder umfassen soll, welche nicht dem Centrum oder der Demokratie angehören.

* **Passau,** 20. Februar. Domcapitular Dr. Pichler candidirt wieder im Reichstagswahlkreise Passau. Die Liberalen stellen den Gutsbesitzer Schmerold auf. Die Socialdemokraten haben schon vor einiger Zeit Redacteur Schmidt-München nominirt. Dr. Pichler erklärt sich gegen den Antrag Kanitz.

SLUB
Wir führen Wissen.